

Sprechnotiz

Medienkonferenz COVID-19-Gesetz

Staatsrat Alain Ribaux, Vizepräsident KdK, 12. April 2021

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrter Herr Kollege

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Abstimmung vom 13. Juni über das COVID-19-Gesetz ist von entscheidender Bedeutung. Von ihrem Ausgang wird es abhängen, wie Bund und Kantone die Krise bewältigen können. Die Gegner haben das Referendum eingereicht. Das ist ihr gutes Recht, so funktioniert die direkte Demokratie. Die Diktaturvorwürfe an den Bundesrat weisen die Kantone aber zurück.

Gerade beim COVID-19-Gesetz wurde das Parlament so früh wie möglich in die Ausarbeitung einbezogen. Die teils intensiven Debatten im Parlament sind ein Zeichen für eine Demokratie, die funktioniert. Seit letztem Herbst ist die Vorlage mehrmals ergänzt worden. Das zeigt, dass mit diesem Gesetz flexibel auf neue gesellschaftliche oder wirtschaftliche Herausforderungen reagiert werden kann und die nötigen Massnahmen getroffen werden können.

Dank dem Gesetz konnten verschiedene Unterstützungsmechanismen für die Kultur, den Sport und die Wirtschaft geschaffen werden – Bereiche, die durch die pandemiebedingten Einschränkungen stark belastet wurden. Dank dem Gesetz konnten auch umfassende Instrumente zur Erhaltung von Arbeitsplätzen eingesetzt werden. Diese haben sich während des gesamten vergangenen Jahres als sehr wirksam erwiesen. Das gilt vor allem für die Kurzarbeit- und die Erwerbsersatzentschädigung. Die Kantone, die bei der Umsetzung der Massnahmen an vorderster Front stehen, haben ihren Teil dazu beigetragen. Neuenburg hat wie auch andere Kantone gehandelt und gezielte Hilfen eingeführt. Seit Beginn der Krise wurden im Kanton Neuenburg über 6000 Unternehmen und Selbstständigerwerbende unterstützt.

Die verschiedenen Unterstützungsleistungen von Kantonen oder Bund greifen ineinander und formen ein Ganzes. Sie funktionieren gut und ermöglichen es, Unternehmen, Arbeitsplätze und die Widerstandsfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhalten. Das COVID-19-Gesetz bietet ihnen eine solide gesetzliche Grundlage. Diese gilt es zu erhalten. Niemand hat ein Interesse, den Weg der Rechtsunsicherheit zu beschreiten. Wir gewinnen nichts dadurch, wenn wir wieder bei null anfangen müssen.

Ein Nein zum COVID-19-Gesetz an der Urne bedeutet, zahlreiche Unternehmen und Zehn-, wenn nicht Hunderttausende von Arbeitsplätzen zu gefährden, die dank den Kurzarbeitsentschädigungen gesichert werden können. Es bedeutet auch, die von der Krise betroffenen Menschen zu benachteiligen, vor allem Stellensuchende, die heute in den Genuss spezieller Regelungen im Rahmen der Arbeitslosenversicherung kommen, oder Selbstständigerwerbende, die mit Erwerbsersatzentschädigungen unterstützt werden. Anders gesagt besteht die Gefahr, dass ein Teil der Menschen in diesem Land in die Armut abrutscht und die Sozialhilfekosten explodieren – zu Lasten von Kantonen und Gemeinden. Dies wäre umso unverantwortlicher, als in zahlreichen Wirtschaftssektoren, vor allem in der Industrie und im Bau, eine Erholung spürbar ist.

Seit mehr als einem Jahr wird das Leben der Schweizerinnen und Schweizer durch COVID-19 stark beeinflusst. Kinos und Theater mussten schliessen, Festivals abgesagt werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Situation noch lange anhält und sich verschlimmert! Jede und jeder braucht ein vielfältiges und reichhaltiges Kulturangebot, um sich inspirieren zu lassen, zu träumen oder sich zu entfalten. Ohne die Mechanismen im COVID-19-Gesetz wäre die Vielfalt der Schweizer Kulturszene ernsthaft bedroht. Ohne Unterstützung lägen verschiedene Bereiche am Boden und nur der kommerzielle Mainstream würde überleben.

Die Regierungen haben das erkannt. Vor Kurzem hat der Bundesrat seine Massnahmen verstärkt. Im Dezember 2020 hat der Kanton Neuenburg dem Beispiel Wallis folgend eine Pauschalunterstützung für Kulturschaffende angeboten, die nicht als Selbstständigerwerbende gelten. Ausserdem wurde ein Projektwettbewerb für Schauspiel- und Tanzensembles oder Musikgruppen lanciert, damit diese an ihren künstlerischen Projekten arbeiten und ihre Proben fortführen können.

Wie die Kultur trägt auch der Sport zur persönlichen Entfaltung bei. Dank sportlicher Aktivitäten bleibt man körperlich fit. Sportclubs und -vereine tragen zur Integration bei und fördern den zwischenmenschlichen Austausch. Auch in diesem Bereich hat der Kanton Neuenburg zusätzlich zur Unterstützung des Bundes einen Beitrag geleistet. Für Sportakteure wurden A-fonds-perdu-Beiträge von insgesamt 1 Million Franken vorgesehen. Ende Dezember sind die Beiträge, die vom Kanton und von der Sportkommission der Loterie Romande Neuchâtel hälftig finanziert werden, fast vollständig ausgeschöpft worden.

Auch die Jugendlichen dürfen wir nicht vergessen. Die Einschränkungen durch die Pandemie treffen sie besonders hart. Wir sollten den Jungen nicht auch noch die Berufsperspektiven wegnehmen. Mit dem COVID-19-Gesetz kann der Bundesrat Massnahmen fördern, die darauf abzielen, Schulabgängerinnen und Schulabgängern den Berufseinstieg zu erleichtern. Die Kantone engagieren sich zusätzlich zu diesen Massnahmen. Neuenburg hat für die Unterstützung von Lernenden A-fonds-perdu-Beiträge von fast drei Millionen Franken ausgerichtet. Ausserdem übernimmt der Kanton den Arbeitgeberanteil im Rahmen von Berufspraktika. Arbeitgeber, die junge Arbeitssuchende unbefristet einstellen, erhalten Sonderprämien. Mit dieser Unterstützung lassen sich schlechte Starts ins Berufsleben wirksam verhindern!

Grundsätzlich gilt: Wir müssen unsere Wirtschaft über Wasser halten und der Bevölkerung eine Perspektive sichern. Mit dem COVID-19-Gesetz kann in diesem Sinne gehandelt werden.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, was vor mir bereits gesagt wurde: Am 13. Juni stimmen wir nicht über die pandemiebedingten Einschränkungen ab und auch nicht über die Impfungen. Sondern über umfassende Unterstützungsmassnahmen, die dringend benötigt werden, um die Krise zu bewältigen. Ein Nein an

der Urne bedeutet ein Nein zu den Anstrengungen von Bund und Kantonen. Und die Gefahr, dass das sorgfältig errichtete Gebäude ins Wanken gerät oder gar einstürzt.